

Veranstungsbericht

Kampf der Kulturen – Identitätspolitik und Cancel Culture
Digitales Mittagsgespräch mit Prof. Dr. Andreas Rödder
10.03.2021, 12:30-13:30



Identitätspolitik und Cancel Culture – es gibt zurzeit wenige Themen, die so erbittert diskutiert werden und bei denen sich die Lager derart unversöhnlich gegenüberstehen. Wer bestimmt die Grenzen des Sagbaren? Wer normiert unsere Sprache und Begrifflichkeiten? Wer darf in der öffentlichen Debatte zu Wort kommen und wer nicht? Wie lassen sich Benachteiligungen bestimmter gesellschaftlicher Gruppen vermeiden oder ausgleichen? Diese Fragen diskutierten wir mit Prof. Dr. Andreas Rödder in einem Digitalen Mittagsgespräch.

Der Inhaber des Lehrstuhls für Neueste Geschichte an der Universität Mainz hatte sich kürzlich bereits im *Spiegel* zu dem Thema zu Wort gemeldet und betont, dass die Debatte zwar vom Kampf gegen Diskriminierung beherrscht werde, es jedoch im Kern darum ginge, unsere Gesellschaftsordnung zu überwinden. Die aufgeregten Debatten um „Cancel Culture“, „Political Correctness“, „Wokeness“ und „Identitätspolitik“ münden letztendlich in eine Systemfrage: Sind Rassismus und Diskriminierung Ausnahmen im westlichen Gesellschaftsmodell oder sind sie strukturelle Bestandteile unserer gesellschaftlichen Ordnung?

Diese These führte Professor Rödder zu Beginn der Gesprächsrunde genauer aus und umriss die Problematik einer um sich greifenden „Cancel Culture“ anhand der Fragen: Wer darf reden? Was darf gesagt werden? Wie soll gesprochen werden?

Die erste Frage betrifft „Cancel Culture“ im engeren Sinne, wenn sie darauf abzielt, Redner daran zu hindern, bestimmte Dinge überhaupt zu äußern. Das erlebe man nicht nur an deutschen oder US-amerikanischen Hochschulen, wenn etwa Lehrbeauftragte durch lauten Protest von ihren Vorlesungen abgehalten würden. Diese Form der Verhinderung setze sich auch strukturell fort, indem etwa die Kabarettistin Lisa Eckhart aufgrund einer unliebsamen Meinung ausgeladen werde. Diese Formen seien allerdings nur die Spitze des Eisbergs. Die zweite Frage zielt auf die grundlegende Normierung von Sprache. Dürfe etwa überhaupt über das Kopftuch von Muslima gesprochen werden, wenn man sich nicht in die Erfahrungswelt dieser Frauen hineinversetzen kann? Bei der dritten Frage schließlich geht es im Kern darum, welche Begriffe gemieden werden müssten und um die normativen Erwartungen an die Art und Weise, wie gesprochen wird.

Technische Einzelheiten seien dabei allerdings nicht das Entscheidende. Letztlich gehe es derzeit bei jeder dieser zentralen Fragen um einen Kampf über die kulturelle Hegemonie und um Sprache, die zugleich Macht sei. Die Ursprünge dieser Entwicklung lassen sich bis in die Postmoderne der 1980er Jahre zurückverfolgen. Insbesondere französische Philosophen wie Michel Foucault oder Jacques Derrida verbreiteten grundlegende Einsichten in die Macht von Sprache zunächst universitär und trugen diese dann in die Gesellschaft. Indem überkommene Vorstellungen von Nation, Geschlecht und sozialer Ordnung auf diese Weise in Frage gestellt wurden, führte die Postmoderne in den der 1980er Jahren zunächst zu mehr Pluralismus. Forderungen nach Gleichberechtigung und aktivem Benachteiligungsausgleich etwa von Frauen oder Homosexuellen stehen für das emanzipatorische Potenzial der Postmoderne.

Im weiteren Verlauf des frühen 21. Jahrhunderts ideologisierten und radikalisierten sich diese Bewegungen allerdings zur sogenannten Identitätspolitik. Ihr gehe es darum, gruppenbezogene Benachteiligungen zu identifizieren und den Anspruch auf Nachteilsausgleich geltend zu machen.

Insofern dieser Anspruch in er öffentlichen Debatte durchgesetzt werden muss, erkennt Herr Rödder darin einen Machtkonflikt. Identitätspolitik operiere dabei mit dem Narrativ, das westliche Gesellschaftsmodell strukturell diskriminierend, rassistisch und zerstörerisch sei. Diese Vorstellung schlage sich auch bei der *Fridays for Future* Bewegung in der Form nieder, dass dem kapitalistisch-westlichen Modell öffentlich ein immanent zerstörerischer Charakter vor allem in Bezug auf das Klima attestiert werde.

Zum Abschluss seines Eingangskommentars verwies er auf den zunehmenden Druck dieser Bewegungen. Reaktionen darauf von außerhalb der Mitte seien meist völlig unterkomplex. Es müsse daher die Aufgabe der bürgerlichen Mitte sein, konstruktive Antworten für tatsächliche Benachteiligungen und auf die Ablehnung der westlichen Gesellschaftsordnung zu geben.

Die anschließende Gesprächsrunde begann mit der Frage danach, ob es nicht fragwürdig sei, dass sich „privilegierte, alte, weiße Männer“ über Benachteiligungen unterhalten, die sie selbst nie erfahren hätten.

Der Historiker entgegnete, dass genau darin die Problematik der Debatte läge, nämlich die Infragestellung eines universalen Rationalismus. Wer so argumentiere, fragmentiere zugleich die gesamte Gesellschaft in Gruppen, die sich nur noch innerhalb ihrer eigenen Gruppen äußern dürften. Aber der Universalismus gehe davon aus, dass in einem gemeinsamen Dialog gesamtgesellschaftliche Lösungen gefunden werden. Zugleich sei der Vorwurf der Privilegierung auch eine Machtfrage. Einerseits werde mit diesem Vorwurf einer Gruppe ihr Redeanspruch entzogen und andererseits ein eigener Machtanspruch formuliert. Solchen Vorwürfen trat Professor Rödder intellektuell entschieden entgegen.

Daran anschließend wurde das Thema der Gruppenidentitäten aufgegriffen. Auf der einen Seite stünde eine sich selbst auch gerne als hochindividualistische Jugend ansehende Generation und auf der anderen Seite argumentiere genau diese Jugend mit kollektiven Identitäten. Dies sei auf den ersten Blick nur schwer miteinander in Einklang zu bringen. Rödder äußerte daraufhin seine Zweifel daran, ob das Konstrukt der „hochindividualistischen Gesellschaft“ überhaupt der Realität entspreche. Man sei doch vielleicht kollektiver aufgestellt, als man denke. Vielmehr eröffnete er den Gedanken, dass sich die Vorstellungen von Gleichheit und die Akzeptanz von Ungleichheit verschoben hätten. Er stellte dabei fest, dass sich der Anspruch auf Gleichberechtigung immer mehr in Richtung der Gleichstellung verschoben habe. Ersteres ziele darauf, möglichst gleiche Ausgangsbedingungen für alle zu schaffen, die allerdings ungleiche Ergebnisse ermöglichen. Letzteres forcire demgegenüber gleiche Ergebnisse, wie sie etwa mit Quoten durchgesetzt werden sollen.

Aus dem sehr aktiven Teilnehmerkreis folgte sodann die Frage, ob der Referent denn Alternativen zum herausgeforderten westlichen Modell sehe. Die Antwort darauf war eindeutig. Wir bräuchten eine aktive, bürgerlich-liberale Reaktion auf die Infragestellung unserer gesellschaftlichen Ordnung. Benötigt würde ein reflektiertes, selbstkritisches westliches Modell, das die eigenen Grundlagen stark machen müsse, um berechtigt vorgebrachte Benachteiligung zu überwinden. Dies sei die eigentliche demokratische Herausforderung. Gerade Christdemokraten dürften sich nicht auf Pauschalisierungen zurückziehen, wie etwa derjenigen, dass Gleichberechtigung doch gegeben sei. Man müsse stattdessen viel mehr tun – etwa eine Bildungsoffensive, um Chancengleichheit aktiver voranzutreiben.

Nach einem Ausflug zu den epistemologischen Grundlagen der aktuellen „Cancel Culture“ stellte Professor Rödder fest, dass das Problem schon viel älter, jedoch durch den Postmodernismus radikalisiert worden sei. Er plädierte zum Abschluss der einstündigen Diskussionsrunde noch

einmal dafür, dass die Grundlagen des rational-westlichen Universalismus nicht aufgegeben werden dürften, denn ansonsten gäbe es am Ende gar keine Verständigung mehr.